

Dietmar Rothermund

Indiens Entwicklung im 20. Jahrhundert

Kurseinheit 2:

Bürgerlicher Ungehorsam, Wirtschaftskrise und Zweiter Weltkrieg

Fakultät für
**Kultur- und
Sozialwissen-
schaften**

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung und des Nachdrucks, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der FernUniversität reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Inhaltsverzeichnis

5.	Die Kampagne des "bürgerlichen Ungehorsams"	61
5.1.	Der Salzmarsch und seine Folgen	61
5.2.	Die Konferenzen am Runden Tisch	64
5.3.	Der Gandhi-Ambedkar-Pakt	67
6.	Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise	71
6.1.	Der Agrarpreissturz und die Not der Bauern	71
6.2.	Die indische Industrie in den Krisenjahren	73
6.3.	Die Kongreßregierungen in den Provinzen	73
7.	Der Zweite Weltkrieg und die Dekolonisierung	81
7.1.	Unterdrückung und Emanzipation	81
7.2.	"Quit India" und "August Revolution"	83
7.3.	Die britisch-indische Kriegswirtschaft	86
8.	Unabhängigkeit und Teilung	90
8.1.	Die Forderung nach der Errichtung Pakistans	90
8.2.	Die Demobilisierung der britisch-indischen Armee	92
8.3.	Der "Transfer of Power"	94
	Anhang	99
	Literaturhinweise	108

Diese Seite bleibt aus technischen Gründen frei!

5. Die Kampagne des "bürgerlichen Ungehorsams"

5.1. Der Salzmarsch und seine Folgen

Gandhi hatte in den Jahren nach seiner Entlassung aus dem Zuchthaus (1924) keine aufsehenerregenden politischen Aktivitäten entfaltet und wurde von manchen Politikern schon für einen Mann mit großer Vergangenheit, aber ohne Zukunft gehalten. Immerhin war er 1929 bereits 60 Jahre alt. Die jüngere Generation war ungeduldig und hatte eine "Unabhängigkeitsliga" unter Führung von Jawaharlal Nehru und Subhas Chandra Bose gegründet, die sich nicht mehr mit dem britischen Versprechen eines Dominionstatus für Indien in ferner Zukunft zufrieden geben, sondern die sofortige Gewährung der Unabhängigkeit erzwingen wollte. Gandhi hatte Jawaharlal Nehru 1929 für das Amt des Kongreßpräsidenten vorgeschlagen, um die jüngere Generation an den Kongreß zu binden, so mußte er schließlich auch den radikaleren Kurs einschlagen, der von Nehru gefordert wurde.

Es ging dabei um das Für und Wider des von den Briten angestrebten Dominion-Status für Indien. Dies war der Status den z.B. Australien und Kanada schon längst hatten. Ein solches Dominion unterstand einem von der Krone ernannten britischen Generalgouverneur, der aber in etwa die Rechte und Pflichten des Königs in Großbritannien hatte. Die eigentliche Macht lag in den Händen eines Premierministers. Nach britischer Auffassung war ein Dominion praktisch unabhängig. Doch Jawaharlal Nehru und die "Unabhängigkeitsliga" wollten sich mit diesem Status nicht mehr zufrieden geben. Es kam hinzu, daß die Zusagen, die der Vizekönig Lord Irwin in dieser Hinsicht machen durfte, äußerst unbefriedigend waren. Die britische Regierung hatte in nicht dazu autorisiert, über sehr vage Versprechungen, daß man diesen Dominionstatus für Indien anstrebe, hinauszugehen. Von einem definitiven Zeitplan war dabei überhaupt nicht die Rede.

Lord Irwin war ernsthaft darum bemüht, Indien mit einer freien Verfassung im Verband des britischen Weltreiches zu halten. Ferner war er darauf bedacht, einen Fehler, den er zu Beginn seiner Amtszeit gemacht hatte, wiedergutzumachen. Das britische Parlament hatte eine Kommission ernannt, die nach ihrem Vorsitzenden Simon-Kommission genannt wurde. Sie sollte Vorschläge für eine neue Verfassungsreform machen. Zur Zeit der Montagu-Chelmsford-Reform war versprochen worden, daß diese nach einem Jahrzehnt überprüft und revidiert werden solle. Damit hätte man eigentlich noch Zeit gehabt, doch der Indienminister Lord Birkenhead, der der Konservativen Partei angehörte, befürchtete, daß dann vielleicht eine Labour-Regierung die Verfassungsreform gestalten werde, und dem wollte er zuvor kommen. Die Simon-Kommission bestand ausschließlich aus britischen Parlamentariern, unter ihnen auch der spätere Labour-Premierminister Clement Attlee. Lord Irwin fand das ganz in Ordnung und

ahnte nicht, welchen Sturm der Entrüstung die Ernennung dieser Kommission in Indien hervorrufen sollte. Der Nationalkongreß empfand es als reinen Hohn, daß wieder einmal die weißen Kolonialherren unter Ausschluß der Inder über die politische Zukunft Indiens befinden sollten. Zumindest hätte man das Unternehmen gleich in Form einer Konferenz am Runden Tisch organisieren sollen, bei der britische Parlamentarier und indische Politiker gleichberechtigt an den Verhandlungen teilgenommen hätten. Doch dieser Gedanke kam Lord Irwin erst sehr viel später. Zuerst mußte er mit dem Besuch der Simon-Kommission leidvolle Erfahrungen machen. Überall wo die Kommission 1928 in Indien erschien, wurde sie von Demonstranten mit schwarzen Fahnen und dem Ruf "Simon go home" begrüßt. Dieser Empfang hat wohl Clement Attlee negativ beeindruckt. Sein Indienbild blieb auch in späteren Jahren von dieser frühen Erfahrung geübt.

Der Bericht der Simon-Kommission, in dem die wesentlichen Elemente der föderalistischen Verfassung von 1935 (Government of India Act) skizziert wurden, hatte in Indien dementsprechend auch kein gutes Echo. Deshalb versuchte Lord Irwin nun, den Bericht erst einmal auf Eis zu legen und Konferenzen am Runden Tisch vorzuschlagen, an denen auch die indischen Politiker beteiligt werden sollten. Über diese Konferenzen wird später berichtet. Hier sei nur gesagt, daß der Nationalkongreß die erste dieser Konferenzen boykottierte. Lord Irwin war 1929 mit leeren Händen von Unterredungen mit der britischen Regierung in London zurückgekommen und damit war der Anlaß zur Verabschiedung der Unabhängigkeitsresolution durch den Nationalkongreß gegeben. Die Jahressitzung fand diesmal in Lahore statt, und Jawaharlal Nehru hielt als Präsident eine bemerkenswerte Rede (siehe Text 4). Der Kongreß mußte solch tapferen Worten nun auch Taten folgen lassen, doch wußte man nicht recht, was konkret zu tun sei. Aller Augen richteten sich wieder einmal auf Gandhi, der gar nicht sehr begeistert davon war, eine Kampagne zu organisieren, die einer Resolution Nachdruck verleihen sollte, die er persönlich für verfrüht hielt.

Gandhi ließ sich bei der Vorbereitung der Kampagne Zeit und suchte nach einem geeigneten Ansatzpunkt. Zunächst einmal wurde der 26. Januar 1930 zum "Tag der Unabhängigkeit" erklärt und an vielen Orten festlich begangen. Später ließ man am selben Tag im Jahre 1950 die indische Verfassung in kraft treten und nannte ihn dann den "Tag der Republik". Ferner verkündete Gandhi ein Elf-Punkte-Programm, das er "Substanz der Unabhängigkeit" nannte. Er meinte damit, daß die Briten, wenn sie die elf Forderungen erfüllten, praktisch die Unabhängigkeit gewährten und man sich eine Kampagne ersparen könne. Nehru fand die elf Punkte seltsam, denn sie enthielten keine großen politischen Proklamationen, sondern nur diverse praktische Forderungen, wie zum Beispiel die Aufhebung des Gesetzes, das es den Indern verbot, Waffen zu tragen, die Reduktion der Grundsteuer um 50 Prozent, die Abschaffung der Salzsteuer, die Abwertung der

Rupie in dem schon zuvor erwähnten Sinne, die Herabsetzung der hohen Gehälter der Verwaltungsbeamten und dergleichen mehr. Gandhi wußte, daß die Briten diese Forderungen nicht erfüllen konnten. Doch die verschiedensten indischen Interessengruppen wurden durch seinen Forderungskatalog angesprochen. Er wählte schließlich den Punkt, der die Salzsteuer betraf, als Aufhänger für seine Kampagne des bürgerlichen Ungehorsams und hatte damit großen Erfolg.

Die Regierung hatte das Monopol auf die Produktion und die Vermarktung von Salz. Die Salzsteuer war also im Preis enthalten. In Indiens heißem Klima war der Verbrauch von Salz keine Frage des Geschmacks, sondern eine physiologische Notwendigkeit. Selbst die Ärmsten der Armen müssen Salz kaufen, um zu überleben. Das Salzmonopol war für die Regierung eine gute Einnahmequelle. Ein Protest dagegen hatte den Vorteil, daß er allein die Regierung traf und keine indischen Interessen verletzte, so etwa die der Grundherren bei der Pachtverweigerung oder die der Importeure beim Boykott ausländischer Waren usw. Außerdem konnte sich jeder Inder schon durch das unautorisierte Auflesen eines Körnchens Salz oder das Salzsieden strafbar machen, weil das durch das Salzmonopolgesetz verboten war. Endlich hatte Gandhi wie früher in Südafrika ein ungerechtes Gesetz gefunden, dessen Übertretung sich leicht und in ganz großem Maßstab organisieren ließ.

Um die Öffentlichkeit auf seinen Gesetzesbruch gebührend aufmerksam zu machen, marschierte er mit einer Schar von etwa 70 sorgfältig ausgewählten Gefolgsleuten drei Wochen lang durch halb Gujarat, bis er am Strand von Dandi, einem kleinen Küstendorf, am 6. April 1930 Salz aufhob und damit das Salzgesetz übertrat. Viele taten es ihm nach. Überall in Indien begann ein öffentliches Salzsieden. Gandhi selbst wurde erst am 5. Mai, also beinahe einen Monat nach seiner "Straftat" verhaftet. Die Regierung hätte lieber noch länger gezögert, wie zur Zeit seiner vorigen großen Kampagne. Aber diesmal hatte Gandhi sie geradezu dazu gezwungen zuzuschlagen. Zehntausende füllten die Gefängnisse und brachten die Regierung in große Verlegenheit. Die gewaltfreie Besetzung von Salinen war ein weiterer Bestandteil dieser Kampagne des bürgerlichen Ungehorsams. Doch auch diese Protestaktion drohte schließlich im Sande zu verlaufen. Da belebte plötzlich der von der Weltwirtschaftskrise ausgelöste Sturz der Agrarpreise die Agitation. Über diesen Preissturz wird später berichtet werden. Hier sei nur soviel gesagt, daß er dem Kongreß die Bauern in die Arme trieb, die bisher den Kongreß nicht in größerem Maße unterstützt hatten, obwohl Gandhi sich schon lange um sie bemüht hatte.

Als Gandhi im Mai 1930 verhaftet wurde, war vom Agrarpreissturz noch wenig zu spüren, doch als die Weizenernte im Juli 1930 eingebracht wurde, brach der Markt buchstäblich zusammen. Gandhi hatte mit diesem Ereignis gar nicht gerechnet, und da er im Gefängnis saß, konnte er auch nichts tun, um den Protest der Bauern zu artiku-

lieren. Doch die vielen Kongreßpolitiker, die noch frei waren, organisierten Steuer- und Pachtverweigerungskampagnen, denen sich die Bauern begeistert anschlossen. Als im Januar 1931 dann auch noch der Reispreis abstürzte, wurde der Osten Indiens rebellisch, und Vizekönig Lord Irwin befürchtete einen allgemeinen Bauernaufstand. Er entließ Gandhi aus dem Gefängnis und schlug ihm vor, einen Pakt mit ihm zu schließen.

Der Gandhi-Irwin-Pakt kam am 5. März 1931 zustande und wurde von Nehru als Verrat an der Sache der Bauern betrachtet. Gandhi suspendierte die Kampagne des bürgerlichen Ungehorsams und damit war es dem Kongreß unmöglich, Steuer- und Pachtverweigerungskampagnen zu betreiben. Irwin erbrachte nahezu keine Gegenleistungen außer der Erlaubnis, daß Inder für den Hausgebrauch Salz siedend durften, wo dies durch die natürlichen Umstände möglich war. Die Regierung hatte durch die Kampagne übrigens kaum Verluste bei der Salzsteuer erlitten, und diese wurde sogar 1931 noch beträchtlich erhöht. Es kam denn Gandhi bei dem Pakt auch weniger auf die Ergebnisse an als auf den Tatbestand, daß der Vizekönig ihn als gleichberechtigten Partner anerkannt hatte. Churchill sah das auch so und sprach von Gandhi als dem "halbnackten Fakir", der es wagen durfte, dem Vertreter Seiner Majestät als Verhandlungspartner entgegenzutreten.

Ein weiterer Grund, der Gandhi verhandlungsbereit machte, war seine Befürchtung, daß die Kampagne im Sande verlaufen oder so wie die vorige mit einer Gewalttat enden würde. Die Tatsache, daß er damals die Chance verpaßt hatte, Lord Readings Verhandlungsangebot anzunehmen, war ihm in wacher Erinnerung geblieben. Ferner hatte er eine Hoffnung, über die er nichts verlauten ließ: In London regierte seit Juni 1929 wieder die Labour Party, deren Premierminister Ramsay MacDonald als ein Freund Indiens galt. Vielleicht konnte er mit ihm auch einen Pakt schließen, und die Gelegenheit dazu dürfte sich bei der zweiten Konferenz am Runden Tisch ergeben, zu der Gandhi im September 1931 nach London fahren sollte. Diese Konferenzen sollten der Vorbereitung der nächsten Verfassungsreform dienen. Irwin lag sehr viel daran, Gandhi in diesen Prozeß einzubinden. Gandhis Zusage, die zweite Konferenz zu besuchen, war Bestandteil des Gandhi-Irwin-Pakts.

5.2. Die Konferenzen am Runden Tisch

Der "Runde Tisch" ist ein Symbol für die Gleichberechtigung der Verhandlungspartner. Es gab in London auch eine Zeitschrift "The Round Table", die der Idee der imperialen Föderation gewidmet war. Die Befürworter dieser Idee kamen zum großen Teil aus den "weißen" Dominien. Sie waren sich dessen bewußt, daß eine solche Föderation, wenn sie auch Indien einschließen sollte, einen Verfassungsfortschritt dort dringend erforderlich machte. Lionel Curtis, ein führender Kopf

der "Round Table"- Gruppe, war denn auch maßgeblich an der Montag-Chelmsford-Reform beteiligt. Die Verwendung des Begriffs "Runder Tisch" hatte daher durchaus programmatischen Charakter.

Als Lord Irwin sich dafür einsetzte, anstelle eines britischen Verfassungsdiktats eine neue Form der gemeinsamen politischen Willensbildung zu finden, war die Zeit dafür leider denkbar ungünstig. Die Indienpolitik wurde zur Streitfrage im politischen Tagesgeschäft Großbritanniens. Dabei ging es nicht nur um unterschiedliche Meinungen der großen Parteien, sondern auch um innerparteiliche Querelen in der Konservativen Partei, der Lord Irwin angehörte. Der unbezähmbare Winston Churchill hatte sich auf einen Machtkampf mit dem Premierminister Stanley Baldwin eingelassen und benutzte die Indienpolitik als Waffe in diesem Kampf. Churchill war gegen jede Reform der britisch-indischen Zentralregierung und wollte es dabei belassen, den Indern die Provinzregierungen anzuvertrauen (provincial autonomy). Lord Irwin wurde in seinen Bemühungen um eine weitergehende Reform von Baldwin unterstützt, der sich aber nicht traute, Zugeständnisse zu machen, die von Churchill gegen ihn verwendet werden konnten. Deshalb war Irwin 1929 mit leeren Händen aus London zurückgekommen und durfte nur eine Regierungserklärung abgeben, die für alle Beteiligten sehr enttäuschend war. Immerhin war man in London auf seinen Vorschlag, eine Konferenz am Runden Tisch einzuberufen, eingegangen, aber was dort verhandelt werden durfte, war unklar. Als diese erste Konferenz am Runden Tisch dann auch noch vom Kongreß boykottiert wurde, schien das ganze Unternehmen gescheitert zu sein.

Diese erste Konferenz am Runden Tisch, die Ende 1930 in London stattfand, hatte einige überraschende Ergebnisse, die zu neuen Hoffnungen Anlaß gaben. Die erste Überraschung war die sehr kooperative Haltung der Vertreter der indischen Fürstenstaaten. Diese Staaten waren von Britisch-Indien sozusagen wie Insekten im Bernstein eingeschlossen worden und hatten so die Zeiten überdauert. Die britisch-indischen Verfassungsreformen waren bisher spurlos an diesen Staaten vorbeigegangen. Nur wenige von ihnen hatten sich auf eigene Initiative eine Volksvertretung mit sehr beschränkten Rechten zugelegt, in den meisten ging es aber noch recht mittelalterlich zu. Fürstliche Privatschatulle und Staatshaushalt waren oft nicht voneinander getrennt. Solange die Fürsten Ruhe hielten, waren es die Briten zufrieden. An jedem Fürstenhof war ein britischer Resident, der dem Fürsten sagte, was er zu tun und zu lassen hatte. Die sogenannte "Politische Abteilung" (Political Department) der britisch-indischen Regierung, der diese Residenten unterstanden, war eine Art Staat im Staate. Die erzkonservativen Beamten dieser Abteilung wollten von Verfassungsreformen nichts hören. Andererseits bestand gerade in Kreisen der konservativen britischen Politiker die Tendenz, die Fürsten als Gegengewicht gegen die Nationalisten in die künftige Verfassungsstruktur einzubauen. Kluge Vertreter der Fürsten wiederum waren sich darüber im klaren, daß die Fürstenstaaten dereinst nur in einer

indischen Föderation überleben konnten. Die erste Konferenz wurde von einigen sehr klugen und weitsichtigen Ministern besucht, die von ihren Fürsten nach London enstandt worden waren - und sie gaben dort den Ton an.

Die zweite Überraschung war die äußerst konziliante und optimistische Schlußrede des Labour-Premierministers Ramsay MacDonald. Alle, die ihn schon immer für einen Freund Indiens gehalten hatten, fühlten sich nun in ihrer Meinung bestätigt. Es war diese Rede, die Lord Irwin zum Anlaß nahm, um alle im Laufe der Kampagne inhaftierten Politiker aus dem Gefängnis zu entlassen - darunter auch Gandhi. Inzwischen waren die indischen Delegierten von der Konferenz am Runden Tisch nach Indien zurückgekommen und verbreiteten Optimismus. Einer von ihnen war Sir Purushotamdas Thakurdas, mit dem Gandhi ein intensives Gespräch über die Konferenz und ihre Konsequenzen hatte. Es gibt keine Aufzeichnungen über dieses Gespräch, aber Thakurdas wird Gandhi sicher dazu ermutigt haben, die zweite Konferenz am Runden Tisch zu besuchen, die für den September 1931 anberaumt worden war. Vermutlich hat er dabei auch den guten Willen MacDonalds betont. Ferner wird er es wohl nicht veräußt haben, Gandhi auf die schwierige Situation der indischen Wirtschaft hinzuweisen, die gerade zu dieser Zeit sehr unter den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise litt und daher auch kein Geld für Spenden an den Nationalkongreß übrig hatte. Gandhis Kampagnen waren nicht billig, denn es ging allein schon darum, den Unterhalt der Familien der politischen Gefangenen zu sichern und die Aktivitäten zahlloser Freiwilliger zu unterstützen. Eine Kampagne konnte daher nicht nur im Sande verlaufen, sondern auch an akutem Geldmangel scheitern. Auf alle Fälle war Gandhi nach dem Gespräch mit Thakurdas dem Vizekönig gegenüber sehr kompromißbereit. Der Gandhi-Irwin-Pakt wurde bald nach diesem Gespräch abgeschlossen.

Aufgrund dieses Paktes besuchte Gandhi die zweite Konferenz am Runden Tisch in London. Er ließ sich nur von ganz wenigen Getreuen begleiten und nahm keinen Stab von Beratern mit, was dringend notwendig gewesen wäre, wenn er von vornherein die Absicht gehabt hätte, sich um die verfassungsrechtlichen Einzelheiten zu kümmern, die dort auf der Tagesordnung standen. Gandhi las grundsätzlich keine britisch-indischen Verfassungstexte. Er hielt das von ihm entworfene Statut des Nationalkongresses für die beste Verfassung für Indien, denn für ihn war der Nationalkongreß keine Partei, sondern das eigentliche Parlament der Nation. Deshalb war denn auch das eigentliche Anliegen der Konferenzen am Runden Tisch für Gandhi völlig irrelevant. Diese Konferenzen wurden von einer Fülle von sorgfältig ausgewählten Vertretern indischer Sonderinteressen besucht. Gandhi hatte nicht die Absicht, sich mit diesen Leuten in Debatten über Minderheitenschutz und Föderalismus einzulassen, um die es diesmal ging. Er ließ sich deshalb vom Kongreß beauftragen, allein nach London zu fahren und dort die nationalen Forderungen vorzutragen. Das erhoffte Gespräch mit dem Premier-

minister, worüber er nichts sagte, war das eigentliche Ziel. Doch als Gandhi in London eintraf, war die Labour-Regierung gerade gestürzt und durch eine große Koalition ersetzt worden, in der die Konservativen den Ton angaben. Ramsay MacDonald blieb zwar Premierminister, aber er war praktisch eine Geisel in den Händen der Konservativen. Nach langer Wartezeit lud er Gandhi zwar zu einem Gespräch ein, doch das Ergebnis war enttäuschend, denn MacDonald war hilflos und konnte Gandhi gar nichts sagen oder gar versprechen.

Zum Schluß der Konferenz durfte MacDonald noch einmal wiederholen, was er am Ende der vorigen gesagt hatte. Doch während seine Rede damals ein Hoffnungssignal gesetzt hatte, war diese buchstäblich nichtssagende Wiederholung eine traurige Botschaft. Inzwischen setzte Churchill seine Hetzreden gegen jede Art der Verfassungsreform, die über "provincial autonomy" hinausging, unvermindert fort. Es sollte sich später herausstellen, daß die Verfassungswirklichkeit nach der Verabschiedung des Reformgesetzes tatsächlich nicht über "provincial autonomy" hinausging. Churchill konnte damit zufrieden sein. Wer aufgrund der vielbeschworenen Konferenzen am Runden Tisch mehr erwartet hatte, sah sich getäuscht.

5.3. Der Gandhi-Ambedkar-Pakt

Wider Willen hatte Gandhi sich in London doch noch in die Verhandlungen der Konferenz am Runden Tisch eingelassen und war dort mit den Forderungen des Führers der Unberührbaren, Dr. B.R. Ambedkar, konfrontiert worden, der für diese separate Wählerschaften wünschte, wie sie den Muslims gewährt worden waren. Ambedkar war ein brillanter Jurist und Verwaltungsfachmann, der der Gruppe der unberührbaren Mahars von Maharashtra entstammte und vom Maharaja von Baroda mit einem Stipendium nach New York gesandt worden war. Nach seiner Promotion hatte er im Staatsdienst des Maharajas eine Stelle gefunden, mußte aber dort erleben, wie er selbst von den brahmanischen Bürodienern mit Verachtung gestraft wurde. Diese Erfahrung und viele andere Demütigungen hatten ihn zu einem erbitterten Verfechter der Rechte der Unberührbaren gemacht. Gandhi, der sich ebenfalls für die Unberührbaren einsetzte und sogar einige von ihnen gegen den Widerstand seiner Frau in die Lebensgemeinschaft seines Ashrams aufgenommen hatte, wurde von Ambedkar beargwöhnt. Er hielt diese "von oben herab" kommende Fürsorge eines Kastenhindus für die Unberührbaren für Heuchelei und meinte, daß nur ein Unberührbarer die Interessen der Unberührbaren wirklich vertreten könne. Er fand mit dieser Auffassung bei den Briten Gehör. Eine weitere Spaltung der politischen Willensbildung in Indien kam ihnen sehr gelegen.

Die Zahl der Unberührbaren in Indien war dabei sehr umstritten. Die Volkszählungen, die bis 1931 auch die Kastenzugehörigkeit festgestellt hatten - danach wurde diese Praxis aus politischen Gründen

aufgegeben - gaben in dieser Beziehung wenig her. Die Kastenklassifikation der Volkszählung sagte mehr darüber aus, wie sich britische Beamte das Kastensystem vorstellten, als über die soziale Wirklichkeit. Einen Unberührbarkeitstest konnten die Volkszähler praktisch nicht durchführen. Die Interessenvertreter der Unberührbaren gaben an, es handele sich um rund ein Drittel der indischen Bevölkerung. Nun gab es aber Gebiete wie Bengalen, in denen die physische Unberührbarkeit gar nicht praktiziert wurde, in denen es aber durchaus unterprivilegierte Kastengruppen gab. Dr. Ambedkar plädierte dafür, diese Gruppen gleichfalls zu berücksichtigen und ihnen separate Wählerschaften zu gewähren. Gandhi kündigte schon während der Konferenz an, daß er sich dieser Maßnahme unter Einsatz seines Lebens widersetzen werde, stimmte aber zu, daß MacDonald in dieser Angelegenheit um einen Schiedsspruch gebeten werden solle.

Nach Gandhis Rückkehr nach Indien begann die Kampagne des bürgerlichen Ungehorsams erneut, und er wurde wieder eingesperrt. Im Gefängnis traf ihn der Schiedsspruch (Communal Award) des Premierministers, der den Unberührbaren und Unterprivilegierten separate Wählerschaften gewährte, aber die Möglichkeit offen ließ, daß die betroffenen Parteien einvernehmlich andere Regelungen treffen könnten. Gandhi begann am 20. September 1932 ein Fasten bis zum Tode gegen diesen Schiedsspruch. Er hatte schon vorher aus politischen Gründen gefastet, dann aber immer einen bestimmten Zeitraum dafür angesetzt und niemals vom Fasten bis zum Tode gesprochen. Der Tod schien es eilig zu haben, denn Gandhi, der zu Beginn des Fastens 46 kg gewogen hatte, wog nach sieben Tagen nur noch 43 kg. Dr. Ambedkar wurde auf diese Weise unter einen ungeheuren moralischen Druck gesetzt und nahm schließlich Gandhis Kompromißvorschlag an, den Unberührbaren statt der separaten Wählerschaften reservierte Sitze zu gewähren. Der wichtige Unterschied dabei war, daß Unberührbare, die für solche reservierten Sitze kandidierten, sich der allgemeinen Wählerschaft stellen mußten. Sie konnten und mußten sich daher nicht als radikale Verfechter der Sonderinteressen der Unberührbaren präsentieren. Dr. Ambedkar ahnte freilich schon, daß der Kongreß Unberührbare als Kandidaten für die reservierten Sitze aufstellen würde, die auf diese Weise die besten Chancen hatten. Aber er konnte es sich nicht leisten, Gandhis Angebot ausschlagen. So wurde der Gandhi-Ambedkar-Pakt geschlossen, der Gandhis Kompromißvorschlag beinhaltete. Gandhi stellte aber sein Fasten erst ein, als auch MacDonald seine Zustimmung zu diesem Pakt gab.

Einen Monat später erschien Ambedkar noch einmal bei Gandhi im Gefängnis und schlug ihm vor, die Kampagne des bürgerlichen Ungehorsams einzustellen und mit ihm zur dritten Konferenz am Runden Tisch nach London zu fahren, um dort im Bunde mit ihm der Muslim-Liga entgegenzutreten. Das wäre eine durchaus logische Konsequenz des Gandhi-Ambedkar-Pakts gewesen, und die Briten befürchteten, daß daraus etwas werden könnte. Ein gemeinsames Auftreten von Gandhi und Ambedkar entsprach nicht ihrem Prinzip

des "teile und herrsche". Ambedkar wurde von ihnen daher auch zu strengstem Stillschweigen verpflichtet. Doch Gandhi lehnte den Vorschlag ab, und die britisch-indische Regierung konnte erleichtert aufatmen.

Gandhis Zugeständnisse an Ambedkar erregten bald den Widerstand der Kreise, die die Rechnung bezahlen mußten. Das waren vor allem die Kastenhindus von Bengalen, die sich nun zwischen den Muslims und den mit vielen reservierten Sitzen bedachten Unberührbaren, die ja dort gar nicht "unberührbar" waren, eingeklemmt und ihre Macht dahinschwinden sahen. Es wurde eine "Anti-Communal Award Conference" ins Leben gerufen. Der Nationalkongreß aber hielt sich stillschweigend an den Schiedsspruch. Hätte er es nicht getan, dann wäre ja dem Gandhi-Ambedkar-Pakt die Geschäftsgrundlage entzogen worden.

Inzwischen hatte die britisch-indische Regierung die Kampagne durch ein drakonisches Notstandsregime völlig unterdrückt, und Gandhi mußte sie im Juni 1933 endgültig aufgeben. Der Vizekönig Lord Willingdon, der im April 1931 Lord Irwin abgelöst hatte, war der Meinung, daß der Gandhi-Irwin-Pakt ein schwerer Fehler gewesen sei, weil er Gandhi unnötig aufgewertet habe. Er tat nun alles, um Gandhi herabzusetzen, gewährte ihm keine Unterredungen und widersetzte sich allen Bitten aus London, Gandhi über den Fortgang der Verfassungsreformdiskussionen zu unterrichten. Lord Irwin hatte nicht erwartet, daß Lord Willingdon, den er sich selbst als Nachfolger gewünscht hatte, einen derartig reaktionären Kurs einschlagen würde. Willingdon war zuvor Generalgouverneur von Kanada gewesen und schien der geeignetste Mann dafür zu sein, Indien auf dem Weg zum Dominionstatus zu begleiten. Was Irwin jedoch nicht ahnte war, daß für Willingdon in bezug auf Indien nicht seine jüngste Erfahrung in Kanada zählte, sondern seine frühere Erfahrung als Gouverneur von Bombay und Madras. Er war im Grunde noch ein Imperialist der alten Schule.

Als die britisch-indische Regierung 1921 immer wieder gezögert hatte, Gandhi zu verhaften, war Willingdon der Scharfmacher unter den Gouverneuren gewesen, der die Verhaftung dringend forderte und auch London in diesem Sinne zu beeinflussen versuchte. Er hatte seine Meinung, daß man hart gegen Gandhi vorgehen müsse, nicht geändert und handelte danach. Hätte er sein Notstandsregime weiter fortsetzen können, dann hätte er mit seiner Politik vielleicht Erfolg gehabt, aber da das nicht ging, gab dieses Regime letztlich dem Kongreß Auftrieb, als er sich wieder politisch betätigen konnte. Neben dem Notstandsregime wirkte sich dabei auch die allein im Interesse Londons vollstreckte Wirtschafts- und Währungspolitik der britisch-indischen Regierung in den Jahren der Wirtschaftskrise negativ aus.

Nehru deutete die Konferenzen am Runden Tisch und die gleichzeitige Unterdrückung der nationalen Bewegung als einen Ver-

such, Indien mit faschistischen Methoden beizukommen. Die Furcht vor einer Allianz der Hochfinanz in England und Indien beherrschte zu jener Zeit das Denken der linksradikalen Nationalisten. Die internationale Lage, die man als die Endstufe der kapitalistischen Ordnung betrachtete, schien auf eine Umwandlung der Kolonialherrschaft in eine faschistische Partnerschaft hinzudeuten. In praktischer Hinsicht standen einer solchen unheiligen Allianz freilich viele Hindernisse im Wege, und eine Liaison indischer Wirtschaftskreise mit dem Nationalkongreß bot handfestere Möglichkeiten.

Die Kolonialherren wiederum dachten weniger an eine Allianz mit den indischen Unternehmern als an die soziale Basis ihrer Herrschaft in der indischen Bauernschaft, von der sie glaubte, daß sie von den städtischen Nationalisten gar nicht erreicht wurde. Es war eine Ironie des Schicksals, daß die Briten gerade in den 1930er Jahren Vorbereitungen für eine Ausdehnung des Wahlrechts auf die Bauernschaft trafen, weil sie annahmen, daß die Bauern für pro-britische Parteien und nicht für den Kongreß stimmen würden. Diese Rechnung wurde durch die Wirtschaftskrise durchkreuzt, die die Bauern in Mitleidenschaft zog.